

Pressemitteilung

Schwerin, 09. Februar 2022

Landesschülerrat M-V kommentiert die Petition #WirWerdenLaut

Ende letzter Woche erzeugte die von Schülersprecher*innen initiierte Petition #WirWerdenLaut große Aufmerksamkeit in der gesamten Bundesrepublik und somit auch hier, in Mecklenburg-Vorpommern. Grundsätzlich freut es den Landesschülerrat M-V, wenn sich Schüler*innen mit den Problemen ihrer Schulen auseinandersetzen und Lösungsansätze in die Diskussion mit einbringen.

Das Gremium begrüßt die Eckpunkte der Petition. Besonders die geforderten Hygienemaßnahmen, wie PCR-Pooltests oder Luftfilteranlagen, sind seit Monaten ein Anliegen der Schüler*innenvertretung des Bundeslandes. Um alle Akteure in der Schule zu schützen, ist eine rechtzeitige Vermittlung des Infektionsgeschehen an alle Beteiligten essentiell.

Während der Corona-Pandemie kam es vor allem in der Schüler*innenschaft vermehrt zu psychischen Problemen aufgrund der langen Zeit ohne soziale Kontakte. Deshalb erachtet der Landesschülerrat M-V die Forderungen nach mehr pädagogischem und schulpsychologischem Personal als angemessen und notwendig.

Allerdings sieht das Gremium mehrere Punkte als kritisch an. So ist die Forderung nach einer „Bildungspflicht statt Präsenzpflicht“ nicht erstrebenswert. Diese Einschätzung findet ihre Begründung darin, dass die technischen Voraussetzungen in Mecklenburg-Vorpommern zurzeit nicht ausreichen, um allen Schüler*innen einen effektiven Distanzunterricht zu ermöglichen. Die Maßnahme würde die Chancenungleichheit in unserer Bildungslandschaft verstärken. Des Weiteren würde ein Wechsel- beziehungsweise Distanzunterricht zu einer Doppelbelastung der Lehrkräfte führen, sowie einen erneuten Einschnitt in den Schulalltag der Schüler*innen bedeuten.

Als zweiten Punkt erachtet der Landesschülerrat M-V die geforderten Maßnahmen der Abiturprüfungen als zu kurzfristig und schlichtweg nicht umsetzbar. Hierbei ist zu beachten, dass der aktuelle Abschlussjahrgang deutlich mehr Präsenzunterricht erhalten hat als die vorherigen. Somit würde mit einer erneuten Anpassung und Einschränkung des Abiturs der Wert dieses hoch angesehenen Abschlusses, sowie die Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern verloren gehen.

Petitionen dienen im Allgemeinen zur Meinungsäußerung und Problemaufzeigung, weshalb eine mit mehr als 120.000 Unterschriften unterstützte Petition nicht unterschätzt werden darf.

Diese zeigt erneut, wer in den letzten zwei Jahren die Leidtragenden der Pandemie waren und weiterhin sind. An den aufgezeigten, immer noch herrschenden Missständen muss die Politik ansetzen, um eine Rückkehr in die Normalität zu gewährleisten und den Weg in eine bessere Bildungszukunft für unser Land zu ebnen.

Landesschülerrat M-V
gez. Paula Szumotalski
(Pressesprecherin)